

BEBAUUNGSPLAN

ALFTRAGGER

STADT M E R Z I G

ORTSTEIL:

H I L B R I N G E N

BEZEICHNUNG
DER LAGE

HASEN UND
FITTERSTR.

ERWEITERUNG

FLUR
6v. 20

MASSTAB

1:1000

DER LANDRAT
DES

ZEICHNUNG NR

KREISES MERZIG-WADERN

AUFGETRAGEN

28.17o E ABmann

BEARBEITET

09.07.74 Lorentz

GESEHEN

GEPRÜFT

MERZIG, DEN 10. Juli

19 74

I.A.

ÄNDERUNGEN

A

B

C

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BBL. I. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom .. 5. NOV. 1973 .. beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde HILBRINGEN durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich	SIEHE PLAN
2 Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	ALLGEMEINES WOHNGEBIET WA
2.1.1 zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 4 ABS. 2
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 4 ABS. 3
2.2 Baugebiet	
2.2.1 zulässige Anlagen	
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
2.3 Baugebiet	
2.3.1 zulässige Anlagen	
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE PLAN
3.2 Grundflächenszahl	SIEHE PLAN
3.3 Geschosflächenzahl	SIEHE PLAN
3.4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4 Bauweise	OFFEN (EINZELHÄUSER LT. PLAN)
5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE PLAN
6 Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE PLAN
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STRASSENPROJEKT
9 Fläche für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	ENTFÄLLT
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
15 Verkehrsflächen	SIEHE PLAN
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	LAUT STRASSENPROJEKT
17 Versorgungsflächen	ENTFÄLLT
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	ENTFÄLLT
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Bauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe	ENTFÄLLT
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	ENTFÄLLT
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	ENTFÄLLT
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.	ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

-SATZUNG-

HASEN UND FITTERSTRASSE
(ERWEITERUNG)

STADT: MERZIG
STADTTEIL: HILBRINGEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

- Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind ENTFÄLLT
 - Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind ENTFÄLLT
 - Flächen, unter denen der Bergbau liegt ENTFÄLLT
 - Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind ENTFÄLLT
- Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG.
- ENTFÄLLT
 - ENTFÄLLT

Planzeichen-Erklärung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende und geplante Straßen
	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Wasserleitung
	Kanalleitung
	(1) II Geschosshöhe, (I) - zwingend, II - Höchstgrenze
	GRZ/GFZ Grundflächenzahl, Geschosflächenzahl
	offene Bauweise nur Einzelhäuser

	Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergärten
	Kirche
	Schule
	Verw. Gebäude
	Grünflächen
	Gärten und Vorgärten
	Spielplatz
	Verkehrsflächen
	Öffentl. Parkflächen
	Flächen f. Versorgungsanlagen
	Umformerstation
	Flächen für die Landwirtschaft u.
	Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall. Hochapl.)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG. ausgelegt von 16.12.1975 bis zum 16.1.1975 Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG. als Satzung vom Gemeinderat am 24.2.1975 beschlossen.



MERZIG, den 26. 3. 1975

Der Bürgermeister

1. BEIGEORDNETER

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG. genehmigt 2.10.1975

Saarbrücken, den

SAARLAND

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen

Im Auftrag

Diplom-Ingenieur

31. OKTOBER 1975

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG. wurde am

MERZIG

13. NOVEMBER 1975

Der Bürgermeister

